



Zug der Erinnerung e. V.



Ausgezeichnet von der EU-Kommission mit dem Golden Stars Award 2010 für aktives bürgerschaftliches Engagement

Mohrenbach 1
51598 Friesenhagen

Zug der Erinnerung e.V., Mohrenbach 1, 51598 Friesenhagen

· +49 (2297) 1649

· +49 (2297) 1010

☎ +49 (2297) 7248

☎ +49 (171) 190 50 50

Rundschreiben September 2017

E-Mail: info@zugde.eu
<http://zug-der-erinnerung.eu>

Anlässlich der in Polen erhobenen Reparationsforderungen veröffentlichte die Internetplattform german-foreign-policy.com am 15.09. ein Interview mit dem Vorstandssprecher der Bürgerinitiative Zug der Erinnerung (ZdE), Hans-Rüdiger Minow.

Im Auftrag des ZdE beriet Minow polnische und osteuropäische Opferorganisationen, die 2010 in Warschau zusammentrafen, um deutsche Schulden aus Verbrechen gegen die Menschheit zu beziffern. Die Expertise betraf Massendeportationen der "Reichsbahn" in die Zwangs- und Vernichtungslager, darunter in das Lager Auschwitz. Den Verschleppungen zugunsten der Berliner Staatskasse fielen allein in Polen 3 – 6 Millionen Menschen zum Opfer.

*

gfp.com: Um welchen Betrag ging es damals?

Hans-Rüdiger Minow: Unsere Expertise kam allein für die Opfer der "Reichsbahn"-Deportationen in die Zwangs- und Vernichtungslager auf Berliner Einnahmen von rund einer halben Milliarde Euro...ohne Zinsen! Darin nur teilweise enthalten sind die Einnahmen, die der deutsche Staat durch Deportationen von Arbeitsklaven nach Deutschland sowie durch Entvölkerungen ganzer Landstriche erzielte, insbesondere in Polen. Hunderttausende Familien wurden innerhalb des okkupierten Territoriums "umgesetzt", also per Bahn verschleppt, um Platz für rassereine deutsche Kolonisten zu schaffen.

gfp.com: Hat Berlin diese Einnahmen je zurückerstattet?

Minow: Keinen Zloty, keinen Pfennig und keinen einzigen Cent.

gfp.com: Kam es 2010 deswegen zu Verhandlungen mit der Bundesregierung?

Minow: Die damalige polnische Regierung und die Bundesregierung verständigten sich hinter dem Rücken der Opferorganisationen auf Trostpreise und Kompensationsgeschäfte.

gfp.com: Warum spielte die Warschauer Regierung dabei mit?

Minow: Die führenden Mitglieder der damaligen Warschauer Regierung waren Ziehkinder der deutschen Außenpolitik. Die deutschen Vorfeldorganisationen in Polen, z.B. die Konrad-Adenauer-Stiftung, hatten wesentlichen Anteil am Aufstieg des damaligen Ministerpräsidenten Donald Tusk. Dafür gab es einen Preis. Wer in Warschau Reparationsforderungen stellte, wurde von Berlin entlassen – oder, wenn er willfährig war, nach Brüssel befördert, wie Tusk.

gfp.com: Der gegenwärtigen Warschauer Regierung wird vorgeworfen, auch ihr seien die Reparationsforderungen letztlich egal. Sie handle nur aus taktischen Gründen.

Minow: Die gegenwärtige polnische Regierung ist die erste Warschauer Regierung seit 1990, die Berlin in der Reparationsfrage nachdrücklich entgegentritt. Die führenden Repräsentanten in Warschau tun das nicht erst heute und jetzt....Übrigens gibt es eine Schadensaufstellung, die stammt bereits aus dem Jahr 1947.

gfp.com: Aber die nationalistische Tonlage, die aktuelle Warschauer EU-Politik, die konservativ bis ultra-konservativ gefärbten....

Minow: ...Das kann man sich anders wünschen... Aber sollen nur bestimmte Opfererben das Recht haben, die Nachfahren der Täter an die nie abgeholten Verbrechen zu erinnern? Seltsamerweise werden identische Forderungen wie in Warschau ja auch in Athen erhoben. Von einer völlig anderen politischen Färbung. Sind das auch Nationalisten, weil sie auf den Berliner Reichtum zeigen und sagen: das ist Geld von unserem Vermögen, das Ihr zerschlagen und nie zurück gegeben habt, das ist von unserem Fleisch, daran tropft unser Blut...?

gfp.com: Wenn man die Forderungen aus Warschau und Athen zusammenrechnet, kommt man auf einen Billionen-Betrag. Sind solche Forderungen wirklich realistisch?

Minow: Es war ja realistisch, im materiellen Sinne real, dass die Grundlagen des polnischen Zivil- und Wirtschaftslebens pulverisiert worden sind. Denken Sie an Warschau. Die Hauptstadt wurde dem Erdboden gleich gemacht. Wenn dies das reale Verbrechen war, ist es dann nicht realistisch, eine entsprechende Rechnung aufzustellen?

gfp.com: Berlin argumentiert mit dem Umfang der Schäden. Sie seien ungeheuer groß, einfach zu gewaltig als dass man sie je kompensieren könnte.

Minow: Das ist ja Banditen-Logik! Das ist ein Fingerzeig für zukünftige Täter: Raubt und plündert, mordet und vergast so viel als möglich, damit die Schäden einfach zu groß sind als dass man sie je kompensieren könnte... Das ist Barbarei.... Die in Warschau gestellten Forderungen sind vollauf gerechtfertigt!

gfp.com: Trotzdem die Frage: Wie soll ein Ausgleich praktisch funktionieren?

Minow: Zu jedem rechtsstaatlichen Verfahren, und darum geht es, gehört erstens eine vollständige Schadensaufnahme, zweitens eine Klärung der Täterschaft und erst drittens ein Urteilsbefund. Polen wie auch Griechenland fordern ein solches Verfahren jenseits aller Berliner Schutzbehauptungen. Der erste Schritt zu diesem Verfahren ist ja noch gar nicht getan, da reden die Schuldner bereits vom letzten und wollen das eigene Strafmaß bestimmen....Würde ein solches Verfahren in wechselseitigem Einverständnis und Vertrauen eröffnet werden, wäre dies bereits der erste Schritt zur Sühne. Vor dem letzten muss man sich dann nicht fürchten.

gfp.com: Berlin lehnt aber jede Art von Verhandlung ab...

Minow: Von der deutschen Staatspolitik ist keine Selbstbesinnung zu erwarten. Der Fußabdruck, den sie in der Geschichte hinterlassen hat, ist eine besonders grausame, eine besonders barbarische Form des Faschismus... Wenn Verhandlungen nicht zustande kommen, ist das eine zivilgesellschaftliche Aufgabe, gemeinsam mit staatsfernen Kräften im Ausland.

gfp.com: *Eine neue europäische Schuldenkonferenz?*

Minow: Das wäre notwendig. Die materielle Sühne für die deutschen Kriegsverbrechen ist eine Frage von Frieden oder Krieg in Europa.

*

Pressekontakt:

minow@zugde.eu

Tel.: 0049-2297-1010 oder 1649

Fax: 0049-2297-7248

Mobil: 0049-171-190 50 50